



## Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Kaune

Telefon: (0221) 221-24831

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: volker.kaune@stadt-koeln.de

Datum: 18.03.2015

### Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 09.12.2014, 17:05 Uhr bis 18:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	FDP
Frau Margret Dresler-Graf	CDU

#### Beratende Mitglieder

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Herr Günter Witzmann	AfD
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Elke Bussmann	SPD
Herr Ulrich Krüger	Bürgerzentrum Ehrenfeld
Herr Jens Paaßen	auf Vorschlag der CDU
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Dr. Christine Kuch	auf Vorschlag der Grünen
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP

## **Verwaltung**

Herr Dr. Ralf Blomeyer

Frau Dr. Anne Bunte

Herr Johannes Feyrer

Herr Friedel Giesen-Weirich

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Bernd Rosenberger

Frau Dr. Kerstin Sehrt

Herr Jörg Simon

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

## **Schriftführer**

Herr Volker Kaune

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Ursula Gärtner

CDU

## **Beratende Mitglieder**

Herr Thilo Fußén

Aidshilfe Köln e.V.

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Die Tagesordnung inklusive der Nachtragstagesordnung wird daher wie folgt festgesetzt:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

A) Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern / Einwohnerinnen und Einwohnern (ohne schriftliche Vorlage)

B) Beatmungswohngemeinschaften (Dr. Blomeyer)

C) Gesundheitliche Situation von Zuwandererkindern - Erfahrungen aus den Seiteneinsteiger-Untersuchungen (Frau Dr. Sehart)

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1 Vorgehensweise bei Verdachtsfällen auf Ebola  
AN/1761/2014

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **5 Beschlussvorlagen**

5.1 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und des Integrationsrates'  
2225/2014

5.2 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2014  
3485/2014

#### **6 Mitteilungen**

6.1 Angebote der Winterhilfe durch das Amt für Soziales und Senioren 2014/2015  
2668/2014

6.2 Erster Gesundheitsbericht der Stadt Köln  
2872/2014

- 6.3      **Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch**

Hier: Prüfung des Projektes "Nutzung Wärme aus Abwasser"  
3527/2014

**7      Mündliche Anfragen**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**8      Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**9      Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 9.1      Geplantes "Laufhaus" am Eifeltor  
AN/1437/2014

**10     Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**11     Beschlussvorlagen**

**12     Mitteilungen**

**13     Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### **A) Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern / Einwohnerinnen und Einwohnern (ohne schriftliche Vorlage)**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna verpflichtet die anwesenden Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner mit dem vorgegebenen Text.

### **B) Beatmungswohngemeinschaften (Dr. Blomeyer)**

Ergänzend zu der als Anlage beigefügten Präsentation werden von der Feuerwehr die Schwierigkeiten bei Notfällen in solchen Wohngemeinschaften dargestellt, da diese nicht alle im Erdgeschoss lägen und Probleme beim Transport der Patientinnen und Patienten mit den Gerätschaften auftreten könnten. Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass aktuell 10 solcher Einrichtungen bekannt seien, die bedingt durch diese Wohnform nicht dem Heimgesetz unterlägen.

Es herrscht Einigkeit darüber, dass trotz der Vorteile, den diese Wohnform für die einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner habe, die Schwierigkeiten und Probleme bei der weiteren Entwicklung beobachtet werden müssten.

### **C) Gesundheitliche Situation von Zuwandererkindern - Erfahrungen aus den Seiteneinsteiger-Untersuchungen (Frau Dr. Sehrt)**

Frau Beigeordnete Reker macht ergänzend zur von der Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, Frau Dr. Sehrt, erläuterten Power-Point-Präsentation deutlich, dass aus den Zahlen zu erkennen sei, dass es keine Unterschiede bei den Infektionszahlen zwischen Zuwandererkindern und den Kindern der übrigen Bevölkerung gebe.

Der Gesundheitsausschuss nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass Frau Dr. Sehrt zum Ende des Jahres aus den Diensten der Stadt Köln ausscheidet.

## **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

keine

## **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

SB Frau Röhrig erinnert hier an die Beantwortung der Anfrage zur Thematik der TBC-Betten. (TOP 7.1 der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 09.07.2013).

Der Leiter der Abteilung Infektions- und Umwelthygiene des Gesundheitsamtes, Herr Prof. Dr. Wiesmüller, sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses zu.

## **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **3.1 Vorgehensweise bei Verdachtsfällen auf Ebola AN/1761/2014**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna weist darauf hin, dass die Fragen überwiegend durch den Vortrag von Herrn Prof. Dr. Dr. Lechleuthner und Herrn Prof. Dr. Wiesmüller in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 04.11.2014 beantwortet worden seien.

Eine schriftliche Beantwortung im Rahmen dieser Niederschrift wird zugesagt.

Antwort der Verwaltung:

*1. Wurden bereits alle pflegerischen und ärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult, die mit Verdachtspatienten in den oben genannten Krankenhäusern in Kontakt kommen könnten? Gab es diese Schulungen auch schon für Beschäftigte der Kölner Feuerwehr, die einen solchen Patienten transportieren würde?*

zu 1:

Da in Kölner Krankenhäuser keine Patienten mit begründetem Verdacht einer Ebola-Infektion aufgenommen und/oder behandelt werden, ist eine entsprechende Schulung nicht notwendig.

Die Schulungen der Einsatzkräfte der Feuerwehr sind erfolgt und werden regelmäßig erneuert. Dies erfolgt unabhängig von einer aktuellen Bedrohungslage, da die gleiche Ausrüstung auch für Einsätze mit Gefahr- und Giftstoffen aller Art verwendet wird.

*2. In welchen Abständen werden diese Schulungen wiederholt?*

zu 2:

Da in Kölner Krankenhäuser keine Patienten mit begründetem Verdacht einer Ebola-Infektion aufgenommen und/oder behandelt werden und entsprechende Schulungen nicht notwendig sind, finden auch keine Wiederholungsschulungen statt.

Es gibt beständig Einsätze mit Gefahrstoffen, die die Einsatzkräfte der Feuerwehr in Übung halten. Bei neuen Gefahren wird Ausrüstung und Konzeption überprüft, ob sie dafür geeignet ist und ggf. ergänzt und beübt.

*3. Wer sind die Verantwortlichen für die Überwachung der geeigneten Maßnahmen in den beiden benannten Krankenhäusern und bei der Stadt Köln?*

zu 3:

Da in Kölner Krankenhäuser keine Patienten mit begründetem Verdacht einer Ebola-Infektion aufgenommen und/oder behandelt und entsprechende Schulungen nicht notwendig sind, gibt es auch keine Verantwortlichen.

*4. Wie sieht die Vorgehensweise aus, wenn ein gesicherter Fall von Ebola-Infektion vorliegt und die drei für Ebola-Patienten zur Verfügung stehenden Betten in der Uniklinik Düsseldorf schon belegt sind, und wie viele Betten können in Köln kurzfristig bereitgestellt werden?*

zu 4:

Wenn ein gesicherter Fall von Ebola-Infektion vorliegt und die drei für Ebola-Patienten zur Verfügung stehenden Betten in der Uniklinik Düsseldorf schon belegt sind, wird entsprechend der Entscheidung des zuständigen Kompetenzzentrums am Landeszentrum Gesundheit NRW der Patient in ein anderes der insgesamt 7 in der Bundesrepublik zur Verfügung stehenden Sonderbehandlungszentren gebracht.

In Köln stehen keine Betten in der erforderlichen Schutz-/ Isolierstufe zur Verfügung.

5. *Wie wird mit den Verdachtspatienten verfahren, bis das Ergebnis der Blutprobe vorliegt?*

zu 5:

Ein begründeter Verdachtsfall wird im Sonderisolierzentrum der Uniklinik Düsseldorf auch dann versorgt werden, wenn die klinische Diagnose noch nicht labordiagnostisch bestätigt sein sollte.

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

keine

#### **5 Beschlussvorlagen**

##### **5.1 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und des Integrationsrates' 2225/2014**

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses befürworten die in Teil A aufgeführten Maßnahmen und die Beratung der weiteren Maßnahmen inklusive der Zusatzanträge im Rahmen der Haushaltsberatungen. Es wird darum gebeten, die zu den Zusatzanträgen zu erstellenden Stellungnahmen der Verwaltung auch dem Gesundheitsausschuss zuzuleiten.

Dies wird von Frau Beigeordeter Reker zugesagt.

#### **Beschluss:**

##### **I:**

Der Gesundheitsausschuss bezieht sich auf die in seinem Zuständigkeitsbereich aufgelisteten Maßnahmenempfehlungen im ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und des Integrationsrates‘ und nimmt die entsprechenden Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. alle Maßnahmenempfehlungen, die mit hoher und mittlerer Priorität beurteilt wurden und für die keine Zuweisung zusätzlicher Mittel erforderlich ist (s. Anlage 1, Maßnahmen zu A), kurzfristig umzusetzen bzw. bereits begonnene Maßnahmen fortzusetzen und hierüber dem Fachausschuss und dem Integrationsrat bis Ende 2015 zu berichten,
2. die von der Verwaltung mit hoch priorisierten Maßnahmenvorschläge, die zusätzlicher Ressourcen bedürfen (s. Anlage 2, Maßnahmen zu B), zur abschließenden Beschlussfassung dem Rat im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 vorzulegen,
3. die Maßnahmenempfehlungen, die nicht als erforderlich beurteilt werden bzw. eine mittlere oder geringe Priorität haben (s. Anlage 3, Maßnahmen zu C) nicht umzusetzen.

Hiervon ausgenommen sind die Maßnahmeempfehlungen, auf die sich die beiden Änderungs-/Zusatzanträge AN/1459/2014 und AN/1604/2014 beziehen.

##### **II:**

Der Gesundheitsausschuss vertagt die Maßnahmeempfehlungen, auf die sich die bei-

den Änderungs-/Zusatzanträge

- AN/1459/2014 vom 27.10.2014 der CDU-Fraktion und
- AN/1604/2014 vom 18.11.2014 von Herrn Keltek, Frau Coban, Herrn Edis, Frau Giurano und Frau Maleki

beziehen, bis zu einer vorliegenden Wertung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2014  
3485/2014**

Die von SB Herr Witzmann bemängelte Förderung einzelner Selbsthilfegruppen wird von der Leiterin des Gesundheitsamtes Frau Dr. Bunte erläutert. Insbesondere die Förderung der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln wird als notwendig herausgestellt, damit die Beratung der anderen Selbsthilfegruppen sichergestellt werden könne.

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen

Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ des Gesundheitsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales und Senioren, im Haushaltsjahr 2014 die Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich gemäß der beigefügten Anlage , zu fördern. Mittel stehen im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Die Restmittel werden der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. Sie dienen der Förderung von Aktivitäten, die aufgrund der geringen Antragshöhe (bis 512,00 €) nicht vom Gesundheitsamt bezuschusst werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, zu bewilligen und auszuzahlen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**6 Mitteilungen**

**6.1 Angebote der Winterhilfe durch das Amt für Soziales und Senioren  
2014/2015  
2668/2014**

Frau Beigeordnete Reker bedauert in diesem Zusammenhang, dass die Zusage im letzten Jahr an die Anwohner und Gewerbetreibenden zur einmaligen Nutzung der Einrichtung in der Bahnhofsumgebung als Notschlafstätte nicht zu halten gewesen sei. Bedingt durch die Notwendigkeit, zusätzliche Flüchtlinge in Köln unterzubringen,



sei die Nutzung der Räumlichkeiten auch in diesem Jahr notwendig. Sie habe sich für die Nichteinhaltung der gegebenen Zusage bei den Betroffenen entschuldigt.

## **6.2 Erster Gesundheitsbericht der Stadt Köln 2872/2014**

Auf die Frage nach den zeitlichen Zielen weist der Leiter des Betrieblichen Gesundheitsmanagements und Arbeitsschutzes, Herr Giesen-Weirich darauf hin, dass sich die Dienststelle seit 2013 im Aufbau befinde, die Thematik aber bereits weiter fortgeschritten sei als in Umlandgemeinden.

## **6.3 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrezentrale Köln Weidenpesch**

**Hier: Prüfung des Projektes "Nutzung Wärme aus Abwasser"  
3527/2014**

## **7 Mündliche Anfragen**

### 7.1

RM Herr Dr. Strahl fragt nach Konzepten zu den Verhältnissen aufgrund der Drogenszene rund um den Dom und den Neumarkt.

Frau Beigeordnete Reker verweist auf die laufende verwaltungsinterne Abstimmung und die mündliche Mitteilung im Ausschuss für Soziales und Senioren. Die Bestandsaufnahme sollte auf Anregung von RM Herrn Paetzold auch dem Gesundheitsausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

*Aktueller Hinweis zur Niederschrift:*

*Derzeit wird von der Verwaltung zusammen mit den Trägern eine Bestandsaufnahme der Drogenszene erstellt. Diese Bestandsaufnahme beinhaltet eine Nutzerbefragung am Neumarkt. Daran anschließend werden von Verwaltung und Trägern Konzepte entwickelt, die nach Fertigstellung dem Gesundheitsausschuss und dem Ausschuss für Soziales und Senioren vorgelegt werden.*

### 7.2

RM Herr Dr. Strahl fragt nach den Veränderungen bei der Ausbildung der Notfall- und Rettungssanitäter und den Möglichkeiten, wie aktuell Prüfungen abgelegt werden könnten, damit es bei diesem Berufsbild keinen Personalmangel gebe.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner, informiert, dass sich dieser Ausbildungsgang durch das Inkrafttreten des Notfallsanitätergesetzes am 01. Januar 2014 von 2 auf 3 Jahre verlängert habe, es aber noch keine aktualisierte Ausbildungs- und Prüfungsordnung auf Landesebene gebe. Hier sei die Landesebene gefragt. Aktuell gebe es allerdings noch die Möglichkeit, auf alter Gesetzesgrundlage noch das bisherige Berufsbild des Rettungsassistenten auszubilden, so dass nicht mit einem Personalengpass zu rechnen sei.

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, kündigt an, dass diese Thematik den Gesundheitsausschuss auch im nächsten Jahr beschäftigen werde, da die Berufsfeuerwehr Köln durch die Tatsache, dass sie als Träger eines eigenen Rettungsdienstes unmittelbar betroffen sei. Auch müss-

ten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr Köln auf dieser Grundlage fortgebildet werden. Außerdem unterhalte die Stadt Köln eine eigene Rettungsdienstschule, müsse also auch hier wissen, wie es weitergehe.

### 7.3

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, berichtet über die Impfkation in der Notaufnahmeeinrichtung in der Herkulesstraße aufgrund von Windpockeninfektionen am letzten Wochenende.

Der Leiter der Abteilung Infektions- und Umwelthygiene, Herr Prof. Dr. Wiesmüller, erläutert, dass es durch die Verteilung der Flüchtlinge Austräge in weitere Einrichtungen gegeben habe. Um eine weitere Ausbreitung zu verhindern sind auch dort in einer konzertierten Aktion in Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Ärzten des Amtsärztlichen Dienstes und des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes Riegelungsimpfungen erfolgt. Insgesamt seien 16 Personen (primär Kinder) an Windpocken erkrankt. Die Infektion mit Windpocken sei allerdings kein Problem dieser Personengruppe, sondern in der Bevölkerung aufgrund des Impfverhaltens verbreitet, wie das (*der Niederschrift beigelegt*) Schaubild verdeutliche.

Dr. Unna  
Ausschussvorsitzender

Kaune  
Schriftführer